

Arbeitskreis Entwicklungspolitik fordert neues Bundesministerium

Der kreisweite Verein wendet sich mit einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel

LANDKREIS BIBERACH (sz) - Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) im Kreis Biberach unterstützt den Vorschlag des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn, das bisherige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als „Ministerium für Globale Entwicklung“ neu zu fassen und damit stärker zu gewichten und wendet sich in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nach Angaben des AKE-Vorsitzenden Alfons Siegel liegt dem Schreiben, das den Titel „Ministerium für Globale Entwicklung als Gebot der Stunde!“ trägt, eine Liste mit mehr als 300 Unterschriften bei. Die Unterzeichner kämen aus dem gesamten Kreisgebiet, „darunter prominente Persönlichkeiten“, so Siegel.

In dem Brief heißt es: „Eine damit verbundene Neuausrichtung der Politik – gerade auch mit Blick auf die neue Bundesregierung – könnte in weit stärkerem Maße den veränderten Gegebenheiten auf Weltebene gerecht werden. Dies wäre zudem angesichts der beschämenden, nicht länger hinnehmbaren Flüchtlingstragödien auf dem Mittelmeer beziehungsweise an der Südgrenze der Europäischen Union dringend geboten. Die schockierenden Geschehnisse zeigen deutlich, wie sehr es auf eine verstärkte und gezieltere Bekämpfung der Fluchtursachen in den betreffenden Ländern ankommt. Unverzichtbar dafür ist auch das besser koordinierte Zusammenwirken von staatlichen und nicht staatlichen Organisationen.“

Zu der weiterhin dringlichen Armutsbekämpfung mit den bereits verfügbaren und laufend zu optimierenden Mitteln müsste jedoch die sich weltweit verschärfende Klima- und Ressourcenproblematik stärker berücksichtigt werden, sowie als dritter wichtiger Schwerpunkt die Förderung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit bei wissenschaftlich-technologischen Fragen.

Erst mit einem solchen Gesamtansatz erhöhen sich die Chancen, die großen Herausforderungen, die sich der Menschheit stellen, zu bewältigen und gangbare Wege zu finden, die zu umweltverträglichem Wirtschaften, ausgleichender Gerechtigkeit und dauerhaftem Frieden führen können.“